

**25.07.2022**

**Niederschrift MBG/002/2022**

---

**Ausschuss für Mobilität, Bauen und Geoinformation**

am 25.05.2022 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 UnnaC.001-C003

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Jens Schmülling

**Kreistagsmitglieder SPD**

Herr Norbert Enters

Vertretung für Herrn Lehmann-Hangebrock

Frau Christine Hupe

Vertretung für Frau Eickhoff

Herr Jürgen Kerl

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Vertretung für Frau Thomae bis 16:15 Uhr

Frau Annette Maria Thomae

Anwesend ab 16:15 Uhr

**Kreistagsmitglieder CDU**

Herr Peter Dörner

Vertretung für Herrn Buller-Hermann

Herr Wilfried Feldmann

Herr Wilhelm Jasperneite

Herr Gerhard Meyer

Frau Martina Plath

Vertretung für Herrn Zolda

**Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag**

Frau Anke Schneider

Herr Reinhard Streibel

Vertretung für Herrn Möller

**Sachkundige Bürger/innen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Andreas Drohmann

**Sachkundige Bürger/innen FDP**

Herr Dipl. Ing. Ludger Auferoth

**Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm**

Herr Wilfried Zimmermann

Vertretung für Herrn Dr. Seier

**Sachkundige Bürger/innen GFL + WfU**

Herr Reinhard Schulz

**Verwaltung**

Herr Ludwig Holzbeck, Dez. II

Herr Florian Farwick, Leiter Fachbereich Bauen

Herr Volker Klöpffer, Leiter Sachgebiet Mobilität und Klimaschutz

Frau Silke Schmücker, Büro LK | Schriftführerin

**Abwesend:**

**Kreistagsmitglieder SPD**

Frau Martina Eickhoff

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Herr Simon Lehmann-Hangebrock

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Thomas Buller-Hermann

**Kreistagsmitglieder CDU**

Herr Michael Zolda

**Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag**

Herr Thomas Möller

**Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm**

Herr Dr. Hubert Seier

Herr Schmülling begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 12.05.2022 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

**Tagesordnung:**

## Öffentlicher Teil

- |                  |          |  |
|------------------|----------|--|
| <b>Punkt 1</b>   |          | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |
| <b>Punkt 2</b>   | 038/22   | Schienenanbindung Bergkamen - Dortmund   |
| <b>Punkt 3</b>   | 060/22   | Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Unna   |
| <b>Punkt 3.1</b> | 087/22   | Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Unna;<br>Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2022  |
| <b>Punkt 4</b>   | 063/22   | Bauliche Weiterentwicklung der Ökologiestation;<br>Baubeschluss für den Neubau von Besucherzentrum und Maschinenhalle  |
| <b>Punkt 4.1</b> | 086/22   | Bauliche Weiterentwicklung der Ökologiestation; Baubeschluss für den Neubau von<br>Besucherzentrum und Maschinenhalle;<br>Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2022 |
| <b>Punkt 5</b>   | 062/22/1 | Außerplanmäßige Auszahlung im Budget 40   Schulen und Bildung  |
| <b>Punkt 6</b>   |          | Wirkungsorientierte Steuerung und Produktkennzahlen 2021;<br>Bericht: Dezernent Ludwig Holzbeck  |
| <b>Punkt 7</b>   |          | Sachstand zum Straßen- und Radwegebau;<br>Bericht: Florian Farwick, Fachbereichsleiter Bauen und Planen  |
| <b>Punkt 8</b>   |          | Sachstand zu Hochbaumaßnahmen;<br>Bericht: Dezernent Ludwig Holzbeck   |

- Punkt 9** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 9.1** Interkommunale Zusammenarbeit: Geschäftsstelle des Gutachterausschusses
- Punkt 9.2** Ruhrtalradweg - Umleitungsvarianten
- Punkt 9.3** Notvergabe eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrags

#### Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 10** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### Öffentlicher Teil

**Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 038/22 Schienenanbindung Bergkamen - Dortmund**

#### Erörterung

Herr Holzbeck erläutert die Drucksache und geht dabei auf die beiden Varianten für die Schienenanbindung ein, die vom Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) im Rahmen einer Machbarkeitsstudie näher untersucht werden sollen. Der vorgeschlagene Beschluss sei vom Rat der Stadt Bergkamen bereits im Februar gefasst worden. Der NWL wünsche sich eine Unterstützung der Planungen auch durch den Kreistag. Wunsch der Stadt Bergkamen sei zudem eine verbesserte Anbindung an die umliegenden Bahnhöfe im Zuge der anstehenden Nahverkehrsplanung. Dies könnte durch eine Schnellbuslinie erreicht werden.

Herr Feldmann erklärt, die CDU-Fraktion befürworte den Beschlussvorschlag. Man halte die Nordvariante aus planungs- und verkehrstechnischer Sicht für die bessere Lösung. Die Verbesserung der Busanbindung des Bergkamener Bahnhofs halte seine Fraktion ebenfalls für sehr wichtig. Dieser müsse vom Kamener Bahnhof aus mindestens halbstündlich erreichbar sein.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Enters seine Zustimmung zu der Drucksache. Man unterstütze auch die Verbesserung der Anbindung von Bergkamen und halte hier ebenfalls eine Schnellbuslinie für sinnvoll.

Frau Schneider erklärt, auch die Fraktion GRÜNE im Kreistag werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Sie schließe sich aber der Meinung von Herrn Feldmann an, dass nur die Nordvariante sinnvoll sei. Es wäre zeitsparender und günstiger gewesen, sich auf die Untersuchung dieser Variante zu beschränken. Hinsichtlich der verbesserten Anbindung von Bergkamen habe sich schon viel bewegt; dennoch sollte man hier weitere Möglichkeiten prüfen.

#### Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Anbindung der Stadt Bergkamen an den Schienenpersonennahverkehr durch den Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) wird begrüßt und deren

zeitnahe Realisierung erwartet. Hierbei sollen die Nord- und Südvarianten im Sinne des Beschlusses der Stadt Bergkamen bearbeitet und bewertet werden.

2. Der Landrat wird beauftragt, im Rahmen der laufenden Neuaufstellung des Nahverkehrsplans auf eine zeitnahe Verbesserung der Anbindung der Stadt Bergkamen an die umliegenden Bahnhöfe in Kamen, Lünen, Werne, Hamm und Dortmund über das Busliniennetz hinzuwirken.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### **Punkt 3 060/22 Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Unna**

#### Erörterung

Herr Schmülling weist einleitend darauf hin, dass das Integrierte Klimaschutzkonzept bereits im federführenden Ausschuss für Natur, Umwelt und Klimaschutz beraten worden sei. Hier und heute befasse man sich fachlich mit dem Teilbereich Mobilität des Konzeptes. Ebenso werde zuständigkeitshalber nur Ziffer 3 des vorliegenden Antrags der CDU-Fraktion (TOP 3.1) beraten und abgestimmt.

Herr Holzbeck stellt anhand einer Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die Ergebnisse des Interfraktionellen Arbeitskreises Klimaschutzkonzept vor. Er geht ausführlich auf das Handlungsfeld 5 (Mobilität) ein und stellt die geplanten Maßnahmen (Folie 16) sowie das weitere Vorgehen (Folie 19) dar.

Herr Schmülling dankt der Verwaltung im Namen des Ausschusses für das überzeugende Klimaschutzkonzept, das umfassende wichtige und richtige Maßnahmen vorsehe.

Für die SPD-Fraktion unterstreicht Herr Enters, dass die strukturelle Entwicklung des Maßnahmenpaketes durch die Interfraktionelle Arbeitsgruppe Klimaschutzkonzept sehr gut begleitet worden sei. Das erarbeitete Konzept sei ein gelungener Aufschlag. Man werde es laufend weiterentwickeln und an geänderte Rahmenbedingungen anpassen. Sicherlich müsse man die Maßnahmen aus Kapazitätsgründen priorisieren, da man nicht alles gleichzeitig umsetzen könne. Wichtig sei aber, das Konzept jetzt auf die Gleise zu setzen und Fahrt aufzunehmen.

Für die CDU-Fraktion schließt sich Herr Feldmann dem Lob für die effiziente Erarbeitung des Konzeptes an. Es gelte nun, die Maßnahmen umzusetzen. Für den Bereich Bauen habe man mit der Sanierung der Berufskollegs schon viel erreicht und müsse nun weitere Maßnahmen prüfen. Daher sei es wichtig, die Entwicklung auch in diesem Ausschuss zu begleiten.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstreicht auch Herr Drohmann die Notwendigkeit der zügigen Umsetzung und regt ein regelmäßiges Monitoring im Ausschuss an. Zudem müssten für die Umsetzung entsprechende Stellen geschaffen werden.

Herr Holzbeck erklärt, dass die Verlängerung der Förderung für die Stelle der Klimamanagerin beantragt sei. Ansonsten sei für die Umsetzung der Maßnahmen kein neues Personal geplant, sondern die gesamte Kreisverwaltung werde die Maßnahmen im Rahmen ihrer täglichen Arbeit umsetzen. Für die gewerbliche Energieberatung nutze man die Netzwerke der WFG und wolle keine Doppelstrukturen aufbauen. Für die Kreisverwaltung sei die Einrichtung der Stelle eines Energiemanagers/einer Energiemanagerin geplant. Hier gebe es Förderprogramme des Bundes, die man nutzen könne.

Für die Fraktion GRÜNE im Kreistag begrüßt Frau Schneider das erarbeitete Klimaschutzkonzept und drängt ebenfalls auf die schnelle Umsetzung kleinerer Maßnahmen. Ein Beispiel sei die vorgesehene Unterstützung der Anschaffung von E-Bikes durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mittels einer Entgeltumwandlung. Hierdurch könne man kurzfristig bereits Effekte erzielen.

Vor der Beschlussfassung über das Klimaschutzkonzept | Teilbereich Mobilität ruft Herr Schmülling den Antrag der CDU-Fraktion zur Beratung auf.

**Punkt 3.1 087/22                    Integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Unna;  
Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2022**

Erörterung

Herr Feldmann begründet Ziffer 3 des Antrags. Es gehe darum, die Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer im Kreis Unna sicherzustellen, ohne dass jemand diskriminiert werde. Jeder solle frei entscheiden dürfen, wie er von A nach B komme. Nur durch eine solche Entscheidungsfreiheit könne man nach Meinung seiner Fraktion alle Verkehrsteilnehmer mitnehmen.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Enters, man sehe die Diskriminierung bislang auf der Seite der Fußgänger und Radfahrer. Seine Fraktion werde der Ergänzung nicht zustimmen.

Für die Fraktion GRÜNE im Kreistag unterstreicht Frau Schneider die Notwendigkeit, den motorisierten Individualverkehr einzuschränken. Zudem sei die Argumentation aus ihrer Sicht nicht schlüssig. Ihre Fraktion werde dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Herr Schmülling stellt zunächst den Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag (Punkt 3 des Antrags)

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Folgende Ergänzung ist auf Seite 131 in der Maßnahme Mob1 „Erstellung eines Mobilitätskonzeptes“ unter „Ziele und Strategie“ aufzunehmen:

Es gilt der Grundsatz der diskriminierungsfreien Mobilität. Der motorisierte Individualverkehr (z. B. Elektromotor, Verbrenner mit E-Fuels) steht gleichberechtigt neben allen anderen Verkehrsträgern.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich <b>nicht</b> beschlossen	5 Ja-Stimmen (CDU)
	12 Nein-Stimmen (SPD, GRÜNE im Kreistag, B'90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU)

Anschließend stellt Herr Schmülling die Drucksache 060/22 zur Abstimmung.

Beschluss

Für den **Teilbereich „Mobilität“** wird dem Kreisausschuss empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Das Integrierte Klimaschutzkonzept für den Kreis Unna wird beschlossen.

2. Der Landrat wird beauftragt, die Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes umzusetzen.
3. Dem Ausschuss ist jährlich über die Umsetzung zu berichten.
4. Der Landrat wird beauftragt, für die Umsetzung und zum Aufbau eines Klimaschutz-Controllings einen Förderantrag für das 3-jährige Anschlussvorhaben zu stellen.

#### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

#### **Punkt 4 063/22 Bauliche Weiterentwicklung der Ökologiestation; Baubeschluss für den Neubau von Besucherzentrum und Maschinenhalle**

##### Erörterung

Herr Holzbeck erläutert die Drucksache. Der Bauantrag sei unterschrieben und mit der Baugenehmigungsbehörde abgestimmt. Im Zuge der Vorplanung seien Kostenschätzungen aktualisiert worden. Der zunächst geschätzte Finanzrahmen von 2,3 Mio. € werde deutlich überschritten und liege bei rund 3,9 Mio. Euro. Angesichts der derzeit erheblichen Baukostensteigerungen wolle man die weiteren Planungen zügig vorantreiben und mit dem vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss sicherstellen, dass die jeweils anstehenden Vergaben schnellstmöglich erfolgen könnten.

Fußend auf dem Gesellschaftsvertrag des Umweltzentrums habe man sich bisher mit dem RVR bei baulichen Investitionen grundsätzlich auf eine gemeinsame Trägerschaft verständigt. Auch jetzt gebe es diesbezügliche Absprachen zwischen den Verantwortlichen beim RVR und dem Kreis. Ausgehend von einer Kostenschätzung von 3 Mio. Euro hätten der Kreis und der RVR jeweils die halbe Summe in den Investitionsplan ihrer Haushalte eingestellt. Er habe die Verwaltung des RVR darauf hingewiesen, dass in dieser Summe die im laufenden Jahr zu erwartenden Baukostensteigerungen noch nicht enthalten seien. Verwaltungsseitig sei zwischen Kreis und RVR verabredet worden, dass beide Seiten die notwendigen Summen in die jeweiligen Haushaltsberatungen einbrächten.

Herr Auferoth erkundigt sich, ob weitere zu erwartende Baukostensteigerungen bereits prophylaktisch in die aktuelle Kostenschätzung eingerechnet seien und ob der 50-prozentige Anteil des RVR statisch oder dynamisch zu verstehen sei.

Herr Schmülling weist darauf hin, dass sich der vorliegende CDU-Antrag auf diese Fragen beziehe und ruft den Antrag zur Beratung auf.

#### **Punkt 4.1 086/22 Bauliche Weiterentwicklung der Ökologiestation; Baubeschluss für den Neubau von Besucherzentrum und Maschinenhalle; Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2022**

##### Erörterung

Herr Feldmann erklärt, nachdem die CDU-Fraktion den Empfehlungsbeschluss der Drucksache im Ausschuss für Natur, Umwelt und Klimaschutz mitgetragen habe, habe man neue Informationen zur geplanten Kostenverteilung erhalten. Aus dem Protokoll des Ausschusses für Wirtschaft und Beteiligungen im RVR vom 22.02.22 entnehme man, dass die 50-prozentige Kostenbeteiligung des RVR bei einer Gesamtsumme von 3 Mio. Euro für das Bauprojekt gedeckelt werden solle. Das würde bedeuten, dass der Kreis die Mehrkosten von 900.000 allein tragen müsste. Dies wolle seine Fraktion mit der beantragten Ergänzung des Beschlussvorschlags ausschließen.

Herr Enters erklärt, der Informationsstand sei nicht eindeutig. Die maßgebliche Passage des Protokolls sei nach Recherchen seiner Fraktion kein Beschluss, sondern der Vorschlag einer Einzelperson, also eine Meinungsäußerung. Seine Fraktion gehe nicht von einer Kostendeckelung aus, zumal auf der Verwaltungsebenen von RVR und Kreis die grundsätzliche Teilung der Baukosten besprochen worden sei. Die Baukostensteigerung sei allgemein bekannt. Eine weitere Verzögerung durch das Abwarten eines etwaigen Beschlusses des RVR im Haushalt würde bedeuten, dass man mindestens ein halbes Jahr an Planungszeit verliere. Selbst wenn der RVR eine Deckelung beschließen sollte, wolle seine Fraktion das Bauprojekt zu Ende bringen. Daher werde man dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Frau Schneider erklärt, auch die Fraktion GRÜNE im Kreistag wolle die geplante Baumaßnahme realisieren. Ihre Fraktion sei ebenfalls bereit, das Risiko zu tragen in der Hoffnung, dass die Koalition aus SPD und CDU auf RVR-Ebene sich noch für die übliche hälftige Kostenteilung entscheide.

Herr Feldmann weist darauf hin, dass die Mehrkosten in Höhe von 900.000 Euro vom Steuerzahler getragen werden müssten. Daher rege er im Falle der Deckelung durch den RVR an, über eine Reduzierung der Kosten durch entsprechendes Zurückfahren oder Strecken der Baumaßnahme nachzudenken.

In der nachfolgenden weiteren Diskussion verdeutlichen die Fraktionen noch einmal ihre Standpunkte. Herr Jasperneite warnt davor, den RVR von Mehrzahlungen freizustellen, solange die Sachlage nicht geklärt sei, da anderenfalls der Kreis die Mehrkosten ganz sicher allein tragen müsse.

Herr Holzbeck erklärt, die genaue Kostensteigerung sei noch nicht klar. In den 900.000 Euro sei ein Sicherheitspuffer eingerechnet. Sollten sich weitere Steigerungen abzeichnen, passe man wie üblich die Investitionskosten im jeweiligen Haushalt an. So gehe auch der RVR vor. Es gebe keinen Beschluss, das Gebäude mit einer bestimmten Summe zu fördern, sondern es sei eine bestimmte Summe im Haushalt eingestellt. Angesichts der Kostensteigerungen müsse der RVR, ebenso wie der Kreis, diese Summen anpassen. Bislang liefen die Gespräche dazu auf der Verwaltungsebene. Sicherlich müssten diese über die Gremien in den Haushalt eingestellt werden. Das zitierte Protokoll stamme aus Februar und beziehe sich auf die Kostenschätzung von Mitte 2021 von 3 Mio. Euro.

Heute gehe es mit dem Beschluss darum, die Verwaltung zu weiteren Planungsschritten zu ermächtigen und dazu, die genaueren Kostenschätzungen in die nächsten Haushalte 2023 und 2024 einzubringen.

#### Beschlussvorschlag

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags der Drucksache 063/22 vorzuschlagen:

Der Beschluss gilt vorbehaltlich der finanziellen Beteiligung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) in Höhe von 50 % einschließlich der Kostensteigerungen.

#### Abstimmungsergebnis

mehrheitlich **nicht** beschlossen

5 Ja-Stimmen (CDU)

12 Nein-Stimmen (SPD, GRÜNE im Kreistag, B'90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU)

Herr Schmülling stellt die Drucksache 063/22 zur Abstimmung.

#### Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt (Baubeschluss), den Ersatzbau für die abgebrannte Maschinenhalle der Ökologiestation einschließlich der Erweiterung um ein Besucherzentrum und Büroräume in einem Kostenrahmen bis zu ca. 3,9 Mio. € brutto incl. aller Nebenkosten zu realisieren.

#### Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen      12 Ja-Stimmen (SPD, GRÜNE im Kreistag, B'90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE-UWG Selm, GFL+WfU)  
5 Nein-Stimmen (CDU)

### **Punkt 5      062/22/1      Außerplanmäßige Auszahlung im Budget 40 | Schulen und Bildung**

#### Erörterung

Herr Holzbeck erläutert die Drucksache.

Herr Feldmann erklärt zu Protokoll, dass die CDU-Fraktion von der Kreisverwaltung eine Rahmenvereinbarung darüber erwarte, dass die Kosten für den Bebauungsplan von der Stadt Lünen getragen werden.

Die Drucksache 062/22/1 wird zur Kenntnis genommen.

### **Punkt 6                      Wirkungsorientierte Steuerung und Produktkennzahlen 2021; Bericht: Dezernent Ludwig Holzbeck**

#### Erörterung

Auf Nachfrage von Herrn Schmülling ergibt sich kein Erläuterungsbedarf. Die anwesenden Vertreter\*innen der Fraktionen einigen sich darauf, dass die vorbereitete Präsentation dem Protokoll beigelegt wird (Anlage 2).

### **Punkt 7                      Sachstand zum Straßen- und Radwegebau; Bericht: Florian Farwick, Fachbereichsleiter Bauen und Planen**

#### Erörterung

Herr Farwick berichtet, dass man aufgrund des Ukraine-Krieges massive Preissteigerungen sowohl im Straßen- als auch im Hochbau verzeichne. Fast alle Baufirmen hätten daher Mehrkostenanzeigen gestellt. Es gebe inzwischen einen Bundeserlass, der die Aufteilung der höheren Baustoffkosten zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer regelt.

Herr Farwick erläutert anhand einer Präsentation den Sachstand der aktuellen Maßnahmen im Straßen- und Radwegebau und beantwortet Nachfragen. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Herr Jasperneite bittet im Zuge des Radwegebaus an der K4 darauf zu achten, dass auch die Landesstraße einen Radweg erhalte. So werde ein Lückenschluss parallel vom RS 1 bis Münster durchgehend entlang des Kanals erreicht.

Herr Holzbeck erklärt, man habe den Landesbetrieb Straßen.NRW in dieser Sache bereits angeschrieben und plane ohnehin ein Abstimmungsgespräch zu verschiedenen Punkten.



Frau Schneider bittet um einen Zeitplan zum Brückenbauwerk über die Körne. Herr Farwick sagt zu, diesen nachzureichen.

Herr Enters weist darauf hin, dass im Zuge der Erneuerung der Tragschicht zwischen dem Autobahnanschluss und der Nordbögger Straße der Radweg an der K 42 mit Barken abgetrennt worden sei, die ständig umgefahren würden. Er bittet um einen Sachstand in einer der nächsten Sitzungen, wie man mit dieser Situation baufachlich auf Dauer umgehen wolle.

**Punkt 8** **Sachstand zu Hochbaumaßnahmen;**  
**Bericht: Dezernent Ludwig Holzbeck**

Erörterung

Herr Holzbeck gibt einen aktuellen Sachstand zu den Hochbaumaßnahmen und geht auf die Baufortschritte seit dem Bericht in der Ausschusssitzung am 09.02.2022 ein.

Mit dem **Bildungscampus** sei man im angepassten Zeitplan.

Die **Sporthalle des Lippe Berufskollegs in Lünen** sei offiziell eröffnet und für den Schulsport bereits seit Februar in Betrieb. Nach der Sommerpause könne dort auch wieder Breitensport stattfinden.

Die zukünftige Entwicklung der **Friedrich-von-Bodelschwing-Schule in Bergkamen** habe er bereits unter Punkt 5 mit der Drucksache 062/22/1 angesprochen.

Zur Behebung der Raumproblematik an der **Sonnenschule** in Kamen werde eine Modulbau- oder Containerlösung geprüft.

Die Vergabe für die Planungsleistungen der Erweiterung und Sanierung der **Karl-Brauckmann-Schule in Holzwickede** sei erfolgt.

**Punkt 9** **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

**Punkt 9.1** **Interkommunale Zusammenarbeit: Geschäftsstelle des Gutachterausschusses**

Herr Holzbeck teilt mit, dass aufgrund eines anstehenden Personalwechsels seitens der Stadt Lünen eine Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses des Kreises angestrebt werde. Sofern der Rat im Juni positiv darüber entscheide, würden sich Gespräche zwischen Kreis und Stadt über die Interkommunale Zusammenarbeit anschließen. Wenn man zu tragbaren Ergebnissen komme, werde er dazu eine Beschlussvorlage für den Ausschuss und den Kreistag im August/September erarbeiten.

**Punkt 9.2** **Ruhrtalradweg - Umleitungsvarianten**

Herr Holzbeck bezieht sich auf aktuelle Presseberichterstattungen und erklärt, dass der Ruhrtalradweg auf Iserlohner Gebiet durch einen Landwirt gesperrt wurde. Offensichtlich bestehe keine Vereinbarung über die dauerhafte Nutzung dieses privaten Teilstücks durch die Öffentlichkeit.

Anhand eines Plans erläutert Herr Holzbeck die verschiedenen Umleitungsstrecken, die zwischen der Stadt Iserlohn, der Stadt Schwerte und den RVR bzw. der Ruhr Tourismus GmbH diskutiert worden seien. Letztlich hätten sich die Beteiligten als Kompromiss auf die Strecke entlang der L 677 geeinigt. Der Kreis sei hier nicht originär zuständig und nur am Rande beteiligt.

Herr Feldmann bekräftigt, dass die zunächst favorisierte blaue Umleitungsstrecke wegen beidseits parkender Autos für die Nutzung durch Radfahrer gefährlich sei.

### **Punkt 9.3**

### **Notvergabe eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrages**

Herr Holzbeck legt dar, dass das 9 €-Ticket zu erheblichen Einnahmeausfällen bei den Anbietern des ÖPNV führe. Die beiden verbliebenen eigenwirtschaftlichen Betriebe im Kreisgebiet, Westfalenbus GmbH und Verkehrsbetriebe Breitenbach mbH & Co. KG, hätten heute angekündigt, die Linien nicht mehr fahren zu können. Zurzeit werde juristisch geprüft, ob die Einnahmeausfälle durch die Notvergabe eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrages abgedeckt werden könnten. So sei man auch bei den Einnahmeausfällen durch Corona vorgegangen. Der diesbezügliche Rettungsschirm laufe aber zum 31.05. aus.

Die Vergabe des Öffentlichen Dienstleistungsauftrages an diese beiden Betriebe müsse entweder im Wege der Dringlichkeit zum 01.06. oder regulär im Kreistag am 14.06. erfolgen, damit der Busbetrieb aufrechterhalten bleiben könne.

Herr Klöpffer ergänzt, die Finanzierung erfolge über Bundes- und Landesmittel, die über den Kreis weitergeleitet würden.

#### Anlagen

1. Präsentation Klimaschutzkonzept
2. WOS-Kennzahlen der Fachbereiche 60, 62 sowie des Teil-Sachgebiets Mobilität
3. Sachstand Straßenbaumaßnahmen
4. Varianten Umleitung Ruhrtalradweg

gez. Silke Schmücker  
Schriftführerin

gez. Jens Schmülling  
Vorsitzender